

LATHAM & WATKINS LLP

ERFOLGREICHE VERTEIDIGUNG GEGEN DSGVO-BUSSGELDE

Datenschutz am Mittag, 25. Februar 2022 – Tim Wybitul

This presentation is prepared as a courtesy to Latham clients and friends of the firm. It is not intended to, and shall not, create an attorney-client relationship between any viewer and Latham & Watkins LLP, nor should it be regarded as a substitute for consulting qualified counsel. If you require legal advice concerning this or any other subject matter, do not rely on this presentation, but rather please contact your Latham & Watkins LLP relationship attorney, who can assist you in securing legal advice tailored to your specific situation.

Latham & Watkins operates worldwide as a limited liability partnership organized under the laws of the State of Delaware (USA) with affiliated limited liability partnerships conducting the practice in France, Hong Kong, Italy, Singapore, and the United Kingdom and as an affiliated partnership conducting the practice in Japan. Latham & Watkins operates in Israel through a limited liability company. Latham & Watkins operates in South Korea as a Foreign Legal Consultant Office. Latham & Watkins works in cooperation with the Law Office of Salman M. Al-Sudairi in the Kingdom of Saudi Arabia. © Copyright 2022 Latham & Watkins. All Rights Reserved.

Datenschutzbußgelder – Allgemeiner Überblick (EU/DE)

€ 746 Mio.



- Online-Händler (CNPD – Luxemburg, 15. Juli 2021)
- Angeblich missbräuchliches Werbe-Targeting

€ 225 Mio.



- Messenger-Dienst (DPC – Irland, 2. September 2021)
- Angeblicher Verstoß gegen Transparenzpflichten

€ 60 Mio. &
€ 40 Mio.



- Internetdienstleister (CNIL – Frankreich, 9. Dezember 2020)
- Einsatz von Tracking-Cookies zu Werbezwecken ohne Einwilligung der Betroffenen und fehlende Datenschutzhinweise

€ 35,2 Mio.



- Modeunternehmen (HmbBfDI – Deutschland, 1. Oktober 2020)
- Nach Auffassung der Behörde Durchführung unverhältnismäßiger Kontrollmaßnahmen, die hunderte Mitarbeiter des Service Centers Nürnberg betrafen

€ 10,4 Mio.
nicht rechtskräftig



- Hardware-Lieferant (LfD Niedersachsen – Deutschland, 8. Januar 2021)
- Unrechtmäßige Videoüberwachung von Mitarbeitern und Kunden über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren

DSGVO-Bußgelder – Rechtlicher Rahmen

Jede Aufsichtsbehörde stellt sicher, dass die Verhängung von Geldbußen (...) für Verstöße gegen diese Verordnung (...) in jedem Einzelfall wirksam, verhältnismäßig und abschreckend ist.



Kleiner Bußgeldrahmen

EUR 10 Mio. / 2 %
Vorjahresumsatz

Art. 83 Abs. 4 DSGVO



Großer Bußgeldrahmen

EUR 20 Mio. / 4 %
Vorjahresumsatz

Art. 83 Abs. 5 DSGVO



Zumessungskriterien

z.B. Verschulden,
frühere Verstöße,
Zusammenarbeit mit
der Behörde

Art. 83 Abs. 2 DSGVO



Behördenpraxis

Verstärkt
öffentlichkeitswirksame
Kommunikation der
Behörden

DSGVO-Bußgelder – Ablauf eines Bußgeldverfahrens

Das OWiG ist maßgeblich für Bußgeldverfahren in Deutschland. Die wesentlichen Verfahrensschritte in der Praxis sind



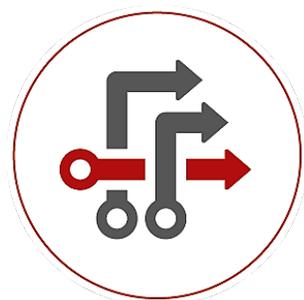


BUSSGELDER GEGEN UNTERNEHMEN IN DEUTSCHLAND

LATHAM & WATKINS LLP

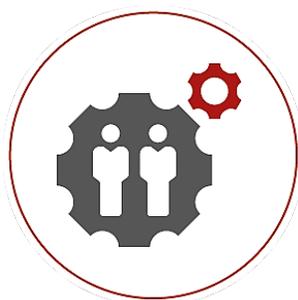
DSGVO-Bußgelder gegen Unternehmen

§§ 130, 30 OWiG bilden die Rahmenbedingungen für Bußgelder gegen Unternehmen in Deutschland



Grundsatz

Nach deutschem Bußgeldrecht keine unmittelbare Haftung von Unternehmen



Zurechnung

Setzt eine Anknüpfungstat voraus



Anknüpfungstat

Rechtswidrig und schuldhaft / vorwerfbar begangene Pflichtverletzung einer Leitungsperson



Sonderbußgeldrecht?

Die Anwendbarkeit der §§ 130, 30 OWiG auf die Verhängung von DSGVO-Bußgeldern ist umstritten

Rechtsprechung – LG Bonn und LG Berlin

Das LG Bonn und das LG Berlin haben unterschiedlich über die Anwendbarkeit der §§ 130, 30 OWiG geurteilt

LG Bonn, Urt. v. 11. November 2020 – Az. 29 OWi 1/20, rechtskräftig

- **Der Fall:** Anruferin gelang es, durch Angabe weniger Daten eines Kunden dessen Mobiltelefonnummer zu erlangen
- **Bußgeld:** BfDI verhängt Bußgeld i.H.v. EUR 9,55 Mio. (Verstoß gg. Art. 32 DSGVO)
- **Entscheidung des Gerichts:** Funktionsträgerprinzip ist anwendbar. DSGVO-Bußgelder können direkt gegen Unternehmen verhängt werden, §§ 130, 30 OWiG finden keine Anwendung

LG Berlin, Beschl. v. 18. Februar 2021 – Az. (526 OWi LG) 212 Js-OWi 1/20 (1/20), nicht rechtskräftig

- **Der Fall:** BlnBDI verhängt direkt gegen ein Unternehmen ein (hohes) Bußgeld (vermeintlicher Verstoß gegen technisch-organisatorische Pflichten bei Löschroutinen)
- **Wertung des Gerichts:**
 - **Unwirksamkeit des Bescheids:** Unternehmen können nicht taugliche Täter von DSGVO-Verstößen sein
 - **Rechtsträgerprinzip:** §§ 130, 30 OWiG finden auf die Verhängung von DSGVO-Bußgeldern Anwendung

Auch das **BMI** stellt klar, dass der Gesetzgeber in § 41 BDSG keinen funktionalen Unternehmensbegriff regeln wollte, vgl.

<https://www.lathamgermany.de/2021/11/bundesinnenministerium-bestatigt-datenschutzbehorden-konnen-dsgvo-geldbusen-nicht-direkt-gegen-unternehmen-verhangen/>

KG Berlin, Beschl. v. 6. Dezember 2021 – Vorlage zum EuGH

Das KG Berlin hat dem EuGH zentrale Fragen zu DSGVO-Bußgeldern vorgelegt (Az. 3 Ws 250/21)

1

Funktionsträgerprinzip oder Rechtsträgerprinzip?

„Ist Art. 83 Abs. 4-6 DS-GVO dahin auszulegen, dass es den Art. 101 und 102 AEUV zugeordneten funktionalen Unternehmensbegriff und das Funktionsträgerprinzip in das innerstaatliche Recht mit der Folge inkorporiert, dass unter Erweiterung des § 30 OWiG zugrundeliegenden Rechtsträgerprinzips ein Bußgeldverfahren unmittelbar gegen ein Unternehmen geführt werden kann und die Bebußung nicht der Feststellung einer durch eine natürliche und identifizierte Person, gegebenenfalls volldeliktisch, begangenen Ordnungswidrigkeit bedarf?“

2

Verschuldensunabhängige Haftung?

„Wenn die Frage zu 1. bejaht werden sollte: Ist Art. 83 Abs. 4 - 6 DS-GVO dahin auszulegen, dass das Unternehmen den durch einen Mitarbeiter vermittelten Verstoß schuldhaft begangen haben muss (vgl. Art. 23 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Art. 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln), oder reicht für eine Bebußung des Unternehmens im Grundsatz bereits ein ihm zuzuordnender objektiver Pflichtenverstoß aus („strict liability“)?“

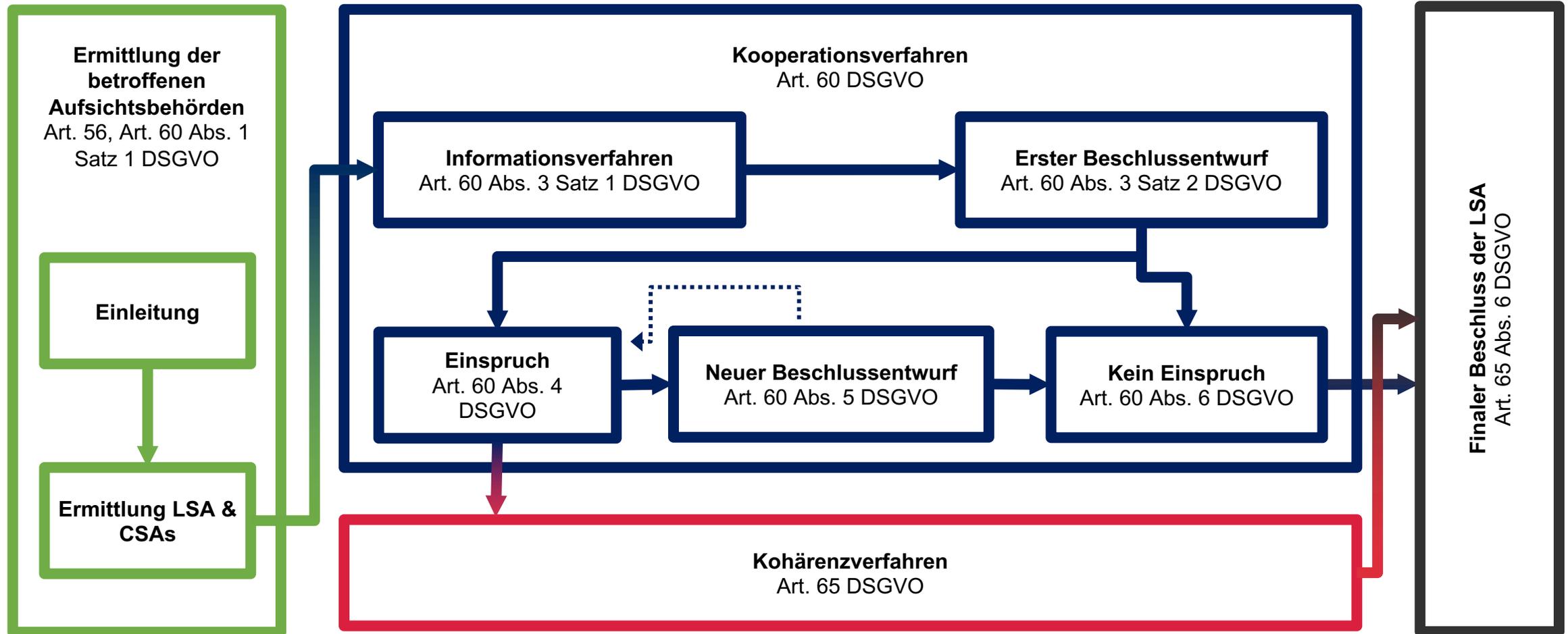
Mögliche Folgen der EuGH-Entscheidung

- **Rechtslage nach nationalem Recht:** Datenschutzbehörden in Deutschland müssen nachweisen, dass eine Leitungsperson gegen eine Rechtspflicht verstoßen hat.
- **Folgen eines Funktionsträgerprinzips**
 - **Geringere Anforderungen:** Ggf. sogar Verhängung von Bußgeldern, ohne Feststellungen zu konkretem Fehlverhalten handelnder Personen treffen zu müssen?
 - **Ausweitung der Haftung:** Entscheidet der EuGH in diesem Sinne, führt dies zu einer massiven Ausweitung der bußgeldrechtlichen Haftung von Unternehmen.
 - **Verteidigung kaum möglich:** Ohne konkrete Tatfeststellung im Bußgeldbescheid können sich Unternehmen faktisch nicht gegen Tatvorwurf und Bußgeldbescheid verteidigen
- **Argumente gegen ein Funktionsträgerprinzip (Auswahl):**
 - **Wortlaut des Art. 83 DSGVO:** Wortlaut als Grenze der Auslegung, keine Inbezugnahme des Funktionsträgerprinzips in Art. 83 DSGVO
 - **Wortlaut des Erwägungsgrundes 150 S. 3 DSGVO:** Keine direkte Inbezugnahme des Funktionsträgerprinzips in Erwägungsgrund 150 S. 3 DSGVO, zudem ohnehin keine Verordnungsänderung durch Erwägungsgründe
 - **Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten:** Rechtsstaats- und Schuldprinzip als wesentliche und integrationsfeste Leitprinzipien des deutschen Verfahrensrechts

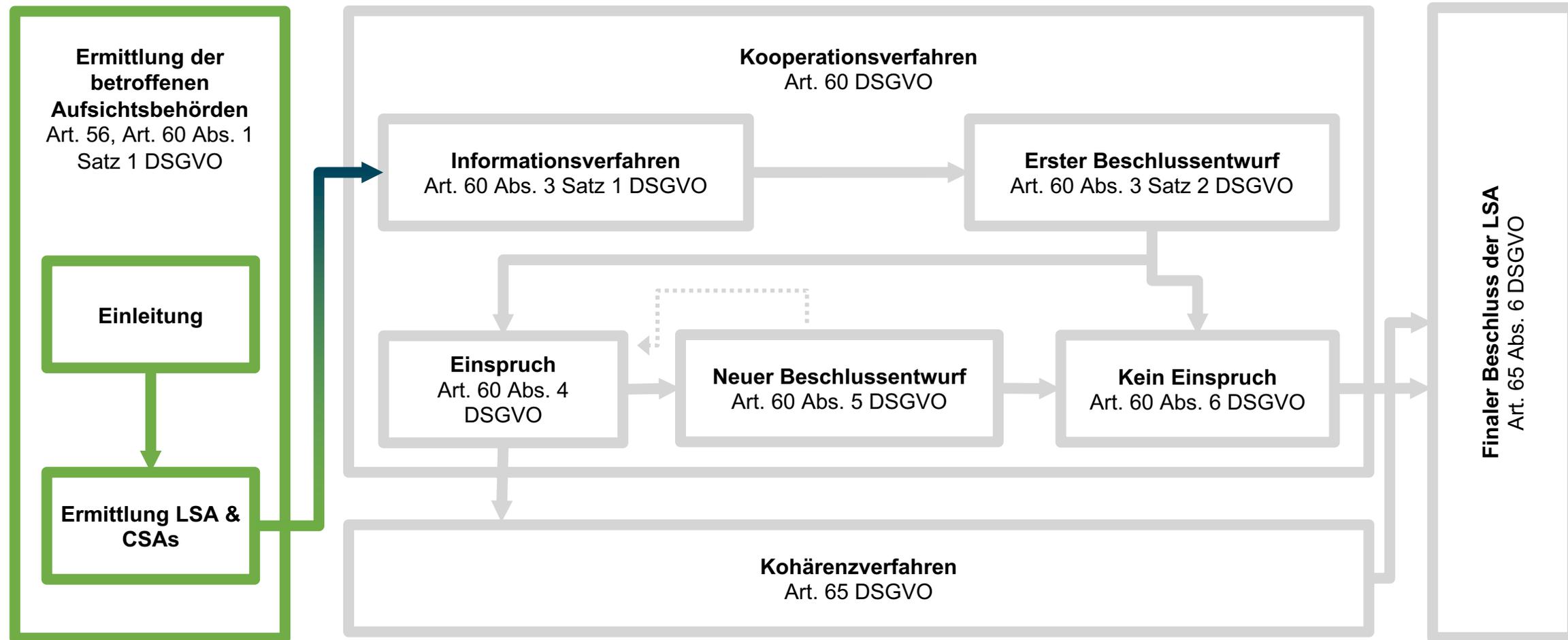


VERTEIDIGUNG BEI GRENZÜBERSCHREITENDEN SACHVERHALTEN

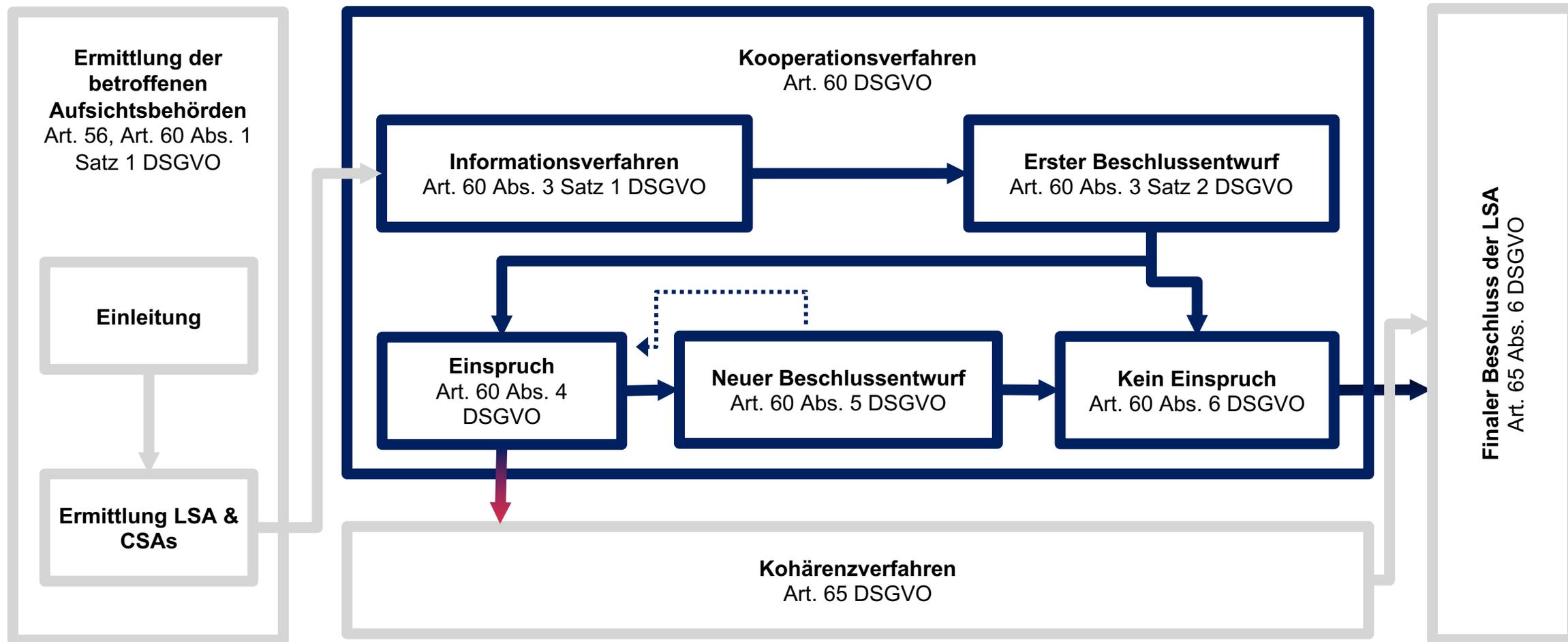
EDSA-Verfahren – Übersicht



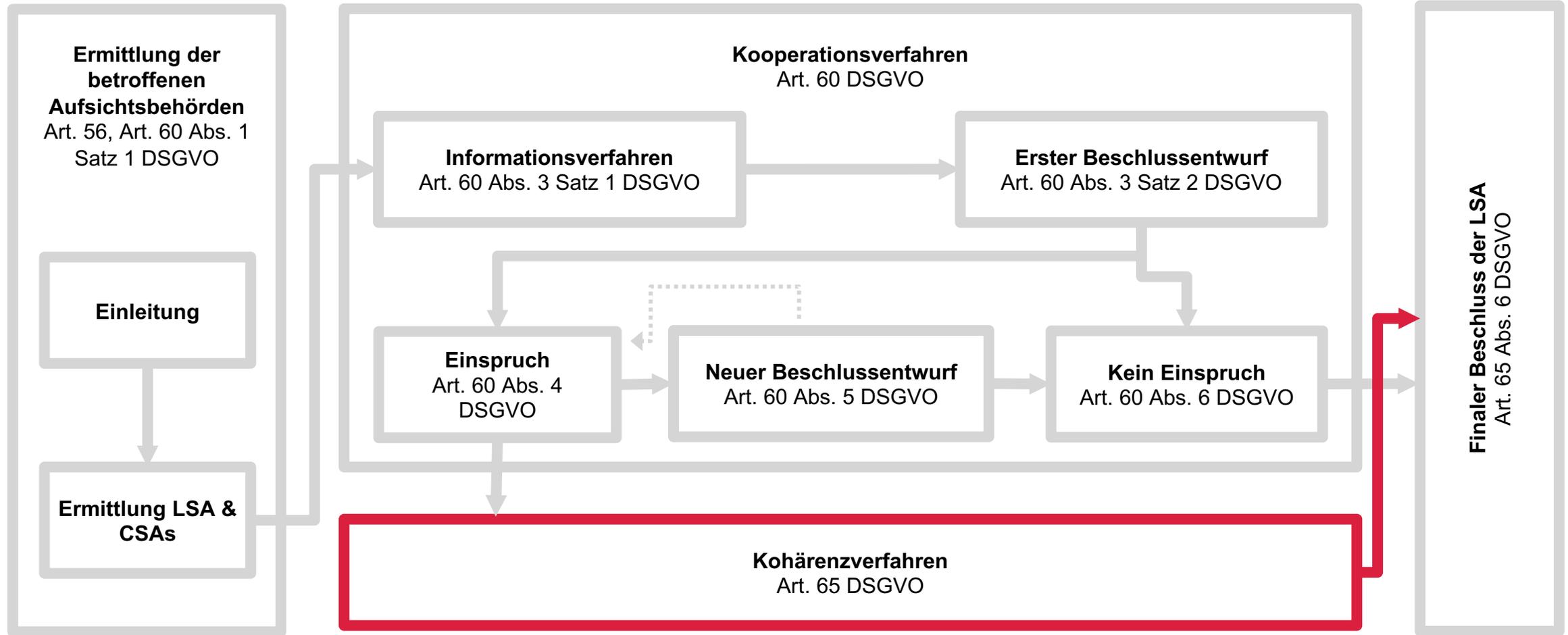
EDSA-Verfahren – Verfahren nach Art. 56 DSGVO



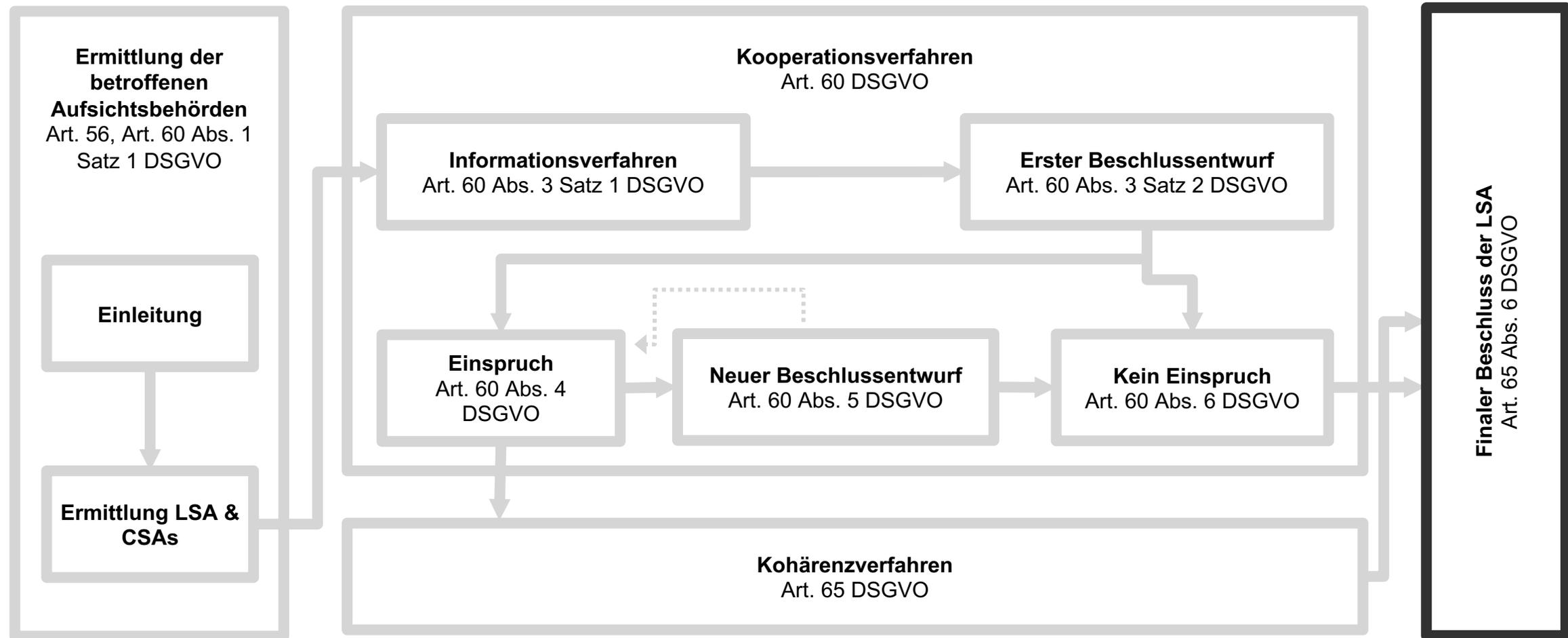
EDSA-Verfahren – Kooperationsverfahren



EDSA-Verfahren – Kohärenzverfahren



EDSA-Verfahren – Finaler Beschluss



Erfahrungsbericht aus der Praxis

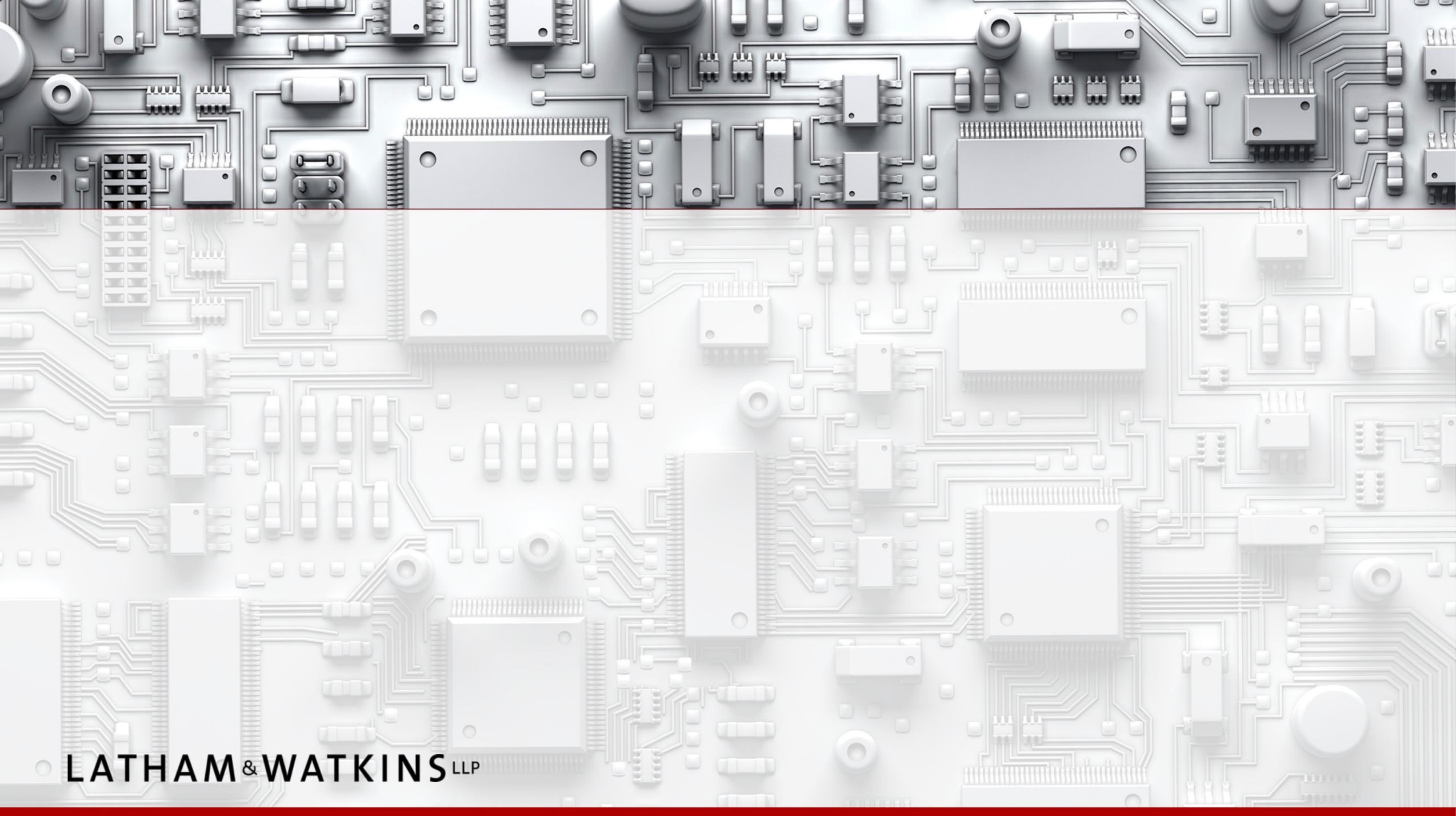
Die Anzahl an Ermittlungsverfahren wegen vermeintlicher Verstöße gegen die DSGVO nimmt stetig zu

Gestiegene Relevanz von Kooperations- und -Kohärenzverfahren (EDSA-Verfahren) bei Bußgeldern

- **Zentrale Aussagen:** Der EDSA hat in aktuellen Entscheidungen zentrale Aussagen zu Bußgeldern gegen Unternehmen getroffen, z.B. zu dem Verfahrensgang des Kooperations- und Kohärenzverfahrens, zur Bußgeldbemessung, zum Recht auf Gehör und zu Konkurrenzen
- **Bußgeldhöhe:** Im Laufe des EDSA-Verfahrens werden die Vorstellungen der federführenden Aufsichtsbehörde bezüglich der Bußgeldhöhe tendenziell erheblich nach oben korrigiert

Mögliche Verteidigungsstrategien

- **Rüge prozessualer Versäumnisse:** möglicherweise unvollständige Akteneinsicht, etwaige Verletzung(en) des Rechts auf Gehör und/oder unzureichende Bestimmung der Tat im Sinne von § 66 OWiG
- **Materiell-rechtliche Ansatzpunkte:** Auslegungsprobleme bei unklarem Wortlaut, fehlende Bindungswirkung der Auffassungen von Behörden zur Auslegung der DSGVO für Gerichte und / oder Verweis auf technische und rechtliche Komplexität von Vorgängen bzw. Vorwürfen
- **Sonstige Verteidigungsstrategien:** Umgang mit der Behörde, Konflikt- oder Strafmaßverteidigung, „Sammeln“ möglicher prozessualer Fehler, Schriftsätze und DS-Dokumentation früh auf „richterlichen Empfängerhorizont“ ausrichten



LATHAM & WATKINS LLP

DSGVO-Bußgelder – Relevanz für Schadensersatzklagen

Zivilgerichte neigen dazu, sich der Argumentation der Datenschutzaufsichtsbehörden anzuschließen.



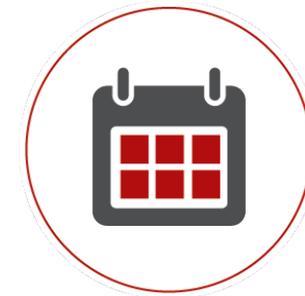
Keine Bindungswirkung

Entscheidungen der Fachbehörden entfalten für Gerichte keine Bindungswirkung



Übernahme von Wertungen

Zivilgerichte übernehmen vermehrt Wertungen der Behörden zu Tatbestandsmerkmalen, insb. zum Vorliegen eines DSGVO-Verstoßes, aber ggf. auch zum Verschulden oder zur Kausalität



Mehr dazu nächsten Donnerstag

Datenschutz am Mittag,
3. März 2022, 13:00 Uhr



Tim Wybitul
Data Privacy, Litigation & Trial
Partner, Frankfurt

T: +49.69.6062.6550
E: tim.wybitul@lw.com

IHRE FRAGEN

Disclaimer

This presentation is prepared as a courtesy to Latham clients and friends of the firm. It is not intended to, and shall not, create an attorney-client relationship between any viewer and Latham & Watkins LLP, nor should it be regarded as a substitute for consulting qualified counsel. If you require legal advice concerning this or any other subject matter, do not rely on this presentation, but rather please contact your Latham & Watkins LLP relationship attorney, who can assist you in securing legal advice tailored to your specific situation.

The presentation is not created or designed to address the unique facts or circumstances that may arise in any specific instance, and you should not and are not authorized to rely on this content as a source of legal advice and this seminar material does not create any attorney-client relationship between you and Latham & Watkins.

© Copyright 2022 Latham & Watkins.